

30. JAN



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 14891 - 33  
Fernschreiber 089590

P/XIV/25 - 30. Januar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Die Zeit drängt! Erneute Warnung aus Keskau	40
2	Französischer Alldruck Angst vor dem Wiederaufleben des Nationalsozialismus	55
3 - 4	Titic auf dem Wege von Asien nach Afrika Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleichner	71
5	"Sind wir nicht alle mitschuldig?" 18-Jähriger verstrickt sich in "Spionage"	28
6 - 7	Eine vergessene Aufgabe der deutschen Politik? von * * *	71

\* \* \*  
\* \*

Die Zeit drängt!

sp - Es war nicht anders zu erwarten: Der Außenminister der Sowjetunion, Gromyko, hat sich die Gelegenheit des XXI. Parteitages in Moskau nicht entgehen lassen, um der Weltöffentlichkeit noch einmal zu versichern, daß die UdSSR auch ohne den Westen die Deutschlandfrage zu "lösen" gedanke, wenn keine Vereinbarung zwischen Ost und West zustande käme. Gromyko kündigte ferner an, Moskau werde im Einvernehmen mit Ostberlin "bestimmte vorgesehene Maßnahmen" für Berlin durchführen, falls der Westen nicht bereit sei, eine "vereinbarte Lösung" zu suchen und zu finden.

Die im Zusammenhang mit dieser Rede gegen den Westen im allgemeinen und die Bundesregierung im besonderen gerichteten Angriffe gehören zum Repertoire öffentlich gehaltener Reden in der Sowjetunion. Sie sind zwar immer wieder zu beachten, spielen im Augenblick jedoch nur am Rande eine Rolle.

Viel wichtiger ist Gromykos Hinweis auf den beabsichtigten Alleingang Moskaus in der Berlin- und Deutschlandfrage. In diesen Bemerkungen ist eine sehr ernstzunehmende Warnung enthalten.

Das ganze Dispositiv der jüngsten sowjetischen Vorstöße in der Berlin- und Deutschlandfrage ist so angelegt, daß es die Entschlossenheit der Sowjetunion erkennen läßt, irgendwie die Diskussion über das Deutschlandproblem und die Sicherheitsfrage in Europa zum Abschluß zu bringen.

Das "irgendwie" bedeutet in sowjetischer Sicht entweder die hermetische Abschließung des Eisernen Vorhanges an der Nahtstelle zwischen Ost und West - also der Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands und Europas - oder eine mit den westlichen Siegermächten des zweiten Weltkrieges ausgehandelte Kompromißlösung, die der Sowjetunion den Spielraum für die Realisierung ihrer gerade jetzt auf dem XXI. Parteitag angekündigten gewaltigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen gibt.

Gromyko wollte also ohne Zweifel sagen: Ihr im Westen habt zwischen diesen beiden Möglichkeiten zu wählen. Entwickelt ihr keine Gegenvorschläge, dann machen wir das, was wir von unserem Standpunkt für notwendig halten, allein und mit Zustimmung der Wackhaber in Pankow.

Diese Rede Gromykos und andere Anzeichen deuten darauf hin, wie begrenzt die Zeit für die Entwicklung von Gegenvorschlägen zu den Berlin- und Deutschlandvorstößen Moskaus ist, zu Gegenvorschlägen, die eine reale Verhandlungsgrundlage zwischen Ost und West sein können.

### Französischer Alpdruck

sp - Wie schwer wir noch an unserer unbewältigten Vergangenheit zu tragen haben, beweist ein Artikel des bekannten französischen katholischen Schriftstellers François Mauriac, der sich in der Wochenzeitschrift "L'Express" mit einer möglichen Restauration des Nazismus beschäftigt. Er schreibt:

"Die Lehren der Geschichte werden (in Deutschland) nur von einer einzigen Generation verstanden, von derjenigen, die sie am eigenen Leibe erfahren haben. 12 Jahre haben genügt, um Millionen gemarterte und ermordete Menschenwesen stumm werden zu lassen. Was ist aus diesem erschreckenden Erwaehen zu folgern? Wir sollten, meine ich, mehr Verständnis für die Gründe der russischen Politik aufbringen. Welche Verblendung ist es, in ihr nur eine Methode zur Sowjetisierung der Welt zu erblicken. Russland gehorcht einem Reflex der Verteidigung, der Notwehr, der auch der unsere sein sollte ... Wird man jemals die einfältige Treuherzigkeit unserer sogenannten Europäer ermassen?"

6. François Mauriac meint denn in Fortführung seiner düsteren, von tiefem Pessimismus und vom Misstrauen gegen das deutsche Volk durchtränkten Betrachtung, den Franzosen werde ein Kulturvertrag mit Russland nicht helfen, wenn er nicht von einem politischen Vertrag begleitet ist. Das Unverständnis der Vereinigten Staaten vor der Gefahr eines Wiederauflebens Nazideutschlands führt Mauriac unter Zitierung eines Buches des derzeitigen französischen Justizministers Edmont Michelet auf die Tatsache zurück, dass ganz Europa in Dachau vertreten war, während "kein einziger Kämpfer der Neuen Welt das Universum der Konzentrationslager kennengelernt habe."

Man sollte diese Stimme, auch wenn sie die Stimme eines bedeutenden Repräsentanten des geistigen Frankreich ist, gewiss nicht überschätzen, aber man darf sie auch nicht in den Wind schlagen. Die unliebsamen Begleiterscheinungen bei der Reise unseres Bundespräsidenten Prof. Heuss in Grossbritannien und die Cassandra-Rufe im grössten kritischen Massenblatt "Daily Mirror" haben uns nachdrücklich daran erinnert, wie weit der Weg ist, ohne das Misstrauen und die Ressentiments beseitigt sind, die zwischen uns und auch den westlichen Völkern - unseren politischen Verbündeten! - bestehen. Am Wiederaufleben dieses Misstrauens sind die derzeit für die Politik der Bundesregierung verantwortlichen Kräfte nicht ganz unschuldig. Daren steriler Anticollewismus beginnt langsam verdächtig zu werden. Unter der Fahne eines solchen Anticollewismus, der ganz auf die notwendige geistige Auseinandersetzung verzichtete, sammelte einst ein Adolf Hitler seine Heerscharen, um sie auf ganz Europa, auf Bolschewiken, Juden und auf Demokraten, loszulassen. Im Namen der Verteidigung der europäischen Freiheit vor den "Sturmfluten der asiatischen Barbaren" erfolgten die schaussslichsten Verbrechen, wurden Millionen von Menschen vergast oder in die Konzentrationslager geworfen. Der Schrecken dieser Jahre sitzt noch allen Völkern, die ihn erlebten, tief im Bewusstsein, er fockt teilweise noch das Bild, das sie sich von Nachkriegsdeutschland machen.

Jede Grabmalerschändung, jeder Ausbruch von Antisemitismus und die Haltung mancher Richter bei der Verurteilung von notorischen Antisemiten gibt diesem Deutschlandbild neue erschreckende Züge - aber auch das Drängen nach Atomwaffen und die Sucht, wieder eine Militärmacht zu sein. Unsere Rolle als Vorkämpfer gegen den Anticollewismus nimmt uns eigentlich niemand mehr ab, man vermutet dahinter eine kriegerische und militaristische Gealnung, eine Art von Siegfried-List, dazu bestimmt, die Welt zu täuschen. Die Verhaltensweisen mancher unserer Bundesminister und unserer abendländischen Kreuzzugsideologen geben solchen gefährlichen Stimmungen, die zu einem neuen Alpdruck vor einer neuen deutschen Gefahr werden können, leider immer wieder Nahrung.

Tito auf dem Wege von Asien nach Afrika

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Mit dem fünftägigen Besuch des jugoslawischen Staatsoberhauptes Tito in Ceylon ist der asiatische Teil der Freundschaftsmission des jugoslawischen Marschalls zu Ende gegangen. Die "Möve", das Schulschiff der jugoslawischen Kriegsmarine, hat Kurs auf Afrika genommen.

Auf seiner großangelegten Winterreise hat der jugoslawische Staatsoberhaupt in vier asiatischen Hauptstädten politische Gespräche geführt. In Indonesien und Ceylon, wo Titos Aufenthalte als Staatsbesuch deklariert waren, wollte zum ersten Male ein jugoslawisches Staatsoberhaupt. Während jedoch der Besuch in der indonesischen Hauptstadt Djakarta nur eine Erwidderung der Besuche Sukarnos in Jugoslawien darstellte, die Kontakte auf dieser hohen Ebene also nicht vollkommen neu waren, bildeten die Verhandlungen in Ceylons Hauptstadt Colombo den allerersten Kontakt zwischen den beiden Ländern auf dieser hohen Ebene. In der indischen und burmesischen Hauptstadt war Tito dagegen kein Unbekannter mehr. Bereits zum zweiten Male wurde Tito ein begeisterter Empfang zuteil, wenngleich er sich diesmal nur inoffiziell in Neu-Delhi und Rangun aufhielt.

Das politische Anliegen dieser zweiten Asienreise Titos erklärt sich zu einem großen Teil aus der Situation, in der sich Jugoslawien heute befindet. Nachdem Belgrad nach dem "Canossagang" Chruschtschows im Jahre 1955 in der Phase der scheinbaren Versöhnung mit dem Ostblock seine Beziehungen zu der westlichen Welt hatte nicht unbeträchtlich abkühlen lassen, (Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Pankow und Abbruch der Beziehungen zu Bonn, Kündigung der amerikanischen Militärhilfe), befand es sich nach der Neuauflage des Kominformkonfliktes erneut in einer nicht gerade beneidenswerten Situation. Daß die Isolierung Jugoslawiens jedoch nicht das Ausmaß von 1948/49, der Zeit des ersten Kominformkonfliktes, erreichte, dafür sorgte nicht zuletzt die in der Zwischenzeit entstandene Freundschaft zwischen Jugoslawien und einigen Staaten der afro-asiatischen Welt. Tito, der für sich den Ruhm in Anspruch nehmen kann, als erster Staatsoberhaupt eines europäischen Staates 1954 Indien besucht zu haben, wußte geschickt dieses politisch-morali-

sche Plus zu nutzen und die Beziehungen Jugoslawiens zu der asiatischen Welt weiter auszubauen. Er erreichte dies insbesondere dadurch, daß er sich offen gegen alle Formen des Kolonialismus engagierte und um Verständnis für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Entwicklungsländer warb.

Die mit den Prinzipien des Pancha Shila umschriebene indische Außenpolitik - Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, Nichtangriff, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, Gleichberechtigung und friedliche Koexistenz - findet in der afro-asiatischen Staatswelt immer mehr Anhänger. Die Reise des jugoslawischen Staatschefs ist ein beredter Beweis dafür. Besuchte Tito bei seiner ersten afro-asiatischen Reise 1954/55 nur Indien, Burma und Äthiopien, so konnte er diesmal die Liste der besuchten Hauptstädte um Djakarta und Colombo erweitern. In Afrika wird die sudanesishe Hauptstadt Khartoum hinzukommen. Und dahinter leuchtet mit der Konferenz von Accra ein neues Symbol der ungebundenen afrikanischen Welt.

Die Bedeutung der Titoreise für die internationale Politik darf weder über- noch unterschätzt werden. Die asiatisch-jugoslawische Förderung nach der Einstellung der Kernwaffenversuche und das gemeinsame Bekenntnis zum antikolonialen Prinzip der Selbstbestimmung der Völker sind in ihrer unmittelbar praktischen Wirkung selbstverständlich begrenzt. Auch der Einsatz für die Aufnahme Chinas in die UNO, der trotz der heftigen Angriffe, denen sich Jugoslawien aus Peking ausgesetzt sieht, wiederholt worden ist, steht unter diesem Vorzeichen. Das moralische Gewicht dieser Politik ist jedoch insbesondere infolge der zahlenmäßigen Zunahme der blocklosen Staaten auf die Dauer nicht zu übersehen.

Stärker als die internationale Situation wird jedoch die Reise Titos die bilateralen Beziehungen Jugoslawiens zu den besuchten Ländern befruchten. Da es infolge der außenpolitischen Gemeinsamkeiten kaum offene politische Fragen gibt, drängt sich der verstärkte Ausbau der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen geradezu auf. Die Bemühungen der jugoslawischen Wirtschaft, deren Außenhandel heute noch vorwiegend auf den europäischen und nordamerikanischen Markt ausgerichtet ist (90 %), ihren Einfluß auf die Länder Asiens und Afrikas auszuweiten, werden durch die Titoreise einen nicht unerheblichen Auftrieb erfahren.

Und dann konnte der jugoslawische Staatschef vor der chinesischen Haustür der kommunistischen Welt beweisen, daß er zahlreiche Freunde und Bewunderer auch außerhalb des "sozialistischen Lagers" besitzt. Vielleicht wird dies der wesentlichste jugoslawische Beitrag zum XXI. Kongreß der sowjetischen KP sein.

"Sind wir nicht alle mitschuldig"?

Der 18jährige Peter stand unter dem Verdacht eines besonders schweren Falles von Landesverrat in Hamm in Westfalen vor Gericht. Vor zwei Jahren war er nach dem Westen gekommen in der Hoffnung auf schnellere Ausbildung. Er hatte sich getäuscht gesehen und wollte zu seiner Mutter zurückkehren. Aber die Angst, als Republikflüchtling bestraft zu werden, war riesengroß. Er meinte für die SED und ihren Sicherheitsdienst etwas mitbringen zu müssen und fand bei Arbeiten auf einem Truppenübungsplatz Teile von Dienstvorschriften. Das war ihm zu wenig, und er versuchte, über einen Arbeitskameraden Einzelheiten über einen Panzer der Bundeswehr herauszubekommen. Der Versuch schlug fehl, und drei Tage vor seiner Rückkehr in die Zone (Mitte August) wurde er verhaftet.

Vor dem Vierten Strafsenat des Oberlandesgerichts in Hamm wurde im wahren Sinne des Wortes ein kurzer Prozeß gemacht. Ein Sachverständiger des Bundesverteidigungsministeriums sagte, daß Peters Material nicht geheim sei. Weil er aus eigener Initiative und nicht im Auftrag gehandelt hatte, beantragte der Vertreter der Anklage sechs Monate Jugendstrafe, von denen vier Monate als Untersuchungshaft angerechnet werden sollen und der Rest der Strafe zur Bewährung auszusetzen sei. Der Senat folgte dem Antrag und hob den Haftbefehl auf, ohne Rücksicht darauf, daß der Junge sofort in die Zone zurückkehren würde.

"Sind wir nicht alle mitschuldig", hatte der Strafverteidiger gesagt, "wenn durch einige Sender den Jungen in der Sowjetzone falsche Bilder vorgegaukelt werden? Sind wir nicht alle mitschuldig, wenn sie dann bei uns ohne Eltern und ohne Rückhalt in die Verwirrung geraten?"

Die Mutter, die zum Prozeß gekommen war, schloß den Sohn glücklich in ihre Arme. Sie sagte, die Behörden drüben hätten ihr versprochen, daß der Junge nicht mehr bestraft würde.

Eine vergessene Aufgabe der deutschen Politik?

Von \* \* \*

Bei den jetzt zweifellos beginnenden internationalen Verhandlungen über die Liquidierung des Hitler-Krieges, die Lösung des Deutschland-Problems und die Sicherheit in Europa sind in letzter Zeit auch im Westen gelegentlich Vorbehalte gegenüber einer aktiven Wiedervereinigungs-Politik aufgetaucht, die ihren Ursprung weniger in politischen als vielmehr in wirtschaftlichen Überlegungen haben.

Diese Vorbehalte lassen sich etwa auf folgenden Kern bringen: Der westliche Teil Deutschlands, die Bundesrepublik, hat in relativ kurzer Zeit nach dem Zusammenbruch und der Zerstörung eines grossen Teils der Industrieanlagen eine erstaunliche wirtschaftliche Leistung vollbracht. Die industrielle Kapazität dieses Teiles Deutschlands hat ein Volumen erreicht, das alle vorausgegangenen Berechnungen Lügen straft. Die Ursachen dieses Tatbestandes sind mannigfaltig. Nicht zuletzt beruhen sie darauf, dass der Westen - besonders die USA - bald nach dem Kriege durch Kapital-Spritzer und Rohstofflieferungen der westdeutschen Wirtschaft einen schnellen und guten Start ermöglichten. Hinzu kommt das - wie man im Ausland sagt - Organisations-talent und die Arbeitsfreudigkeit der Deutschen, sowie die durch den Wiederaufbau zwangsläufig entwickelte Modernisierung fast aller Produktionsstätten.

Die Folge dieser Entwicklung ist ein errechenbarer Zeitpunkt, an dem die westdeutsche Wirtschaft als entscheidender Konkurrenzfaktor auf dem Weltmarkt auftreten kann.

Unter diesen Aspekten und aus dieser Perspektive gesehen rechnen sich einflussreiche Kreise auch im Lager unserer westlichen Alliierten aus, wie stark eines Tages die deutsche Wirtschaft sein könnte, welche Konkurrenz sie wäre, wenn sie auf der Grundlage des wiedervereinten Deutschland funktionieren würde. Um dieser "Gefahr" zu begegnen, hält man es gelegentlich für notwendig, politische Überlegungen und Aktivitäten im Sinne der Wiedervereinigung Deutschlands zurückzustellen. Mit anderen Worten: Man will sich nicht selbst einen Konkurrenten schaffen, mit dem man eines Tages nicht mehr fertig werden könnte. Wer die Geschichte, z.B. des deutsch-englischen Gegensatzes kennt, weiss nur zu gut, welche entscheidender Faktor derartige Überlegungen bereits vor Ausbruch des ersten Weltkrieges waren.

Wenn die deutsche Politik also bemüht bleiben will, die Wiedervereinigung mit allen friedlichen Mitteln zu fördern, muss sie daran denken, dass nicht nur militärische und damit strategische Planungen der westlichen Alliierten zu berücksichtigen sind, sondern auch die hier kurz skizzierten wirtschaftlichen Überlegungen.

Im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands wird die westdeutsche Wirtschaft ohne Zweifel zunächst einmal die defizitären Erscheinungen der ostdeutschen Wirtschaft auszugleichen haben. Das wird nicht lange Zeit in Anspruch nehmen, und sehr schnell dürfte das wirtschaftliche Volumen Gesamtdeutschlands im Weltmaßstab in Erscheinung treten.

Um nun die "Furcht vor der deutschen Konkurrenz" auszuschalten und damit Hemmnisse zur Aktivierung der Wiedervereinigungs-Politik auch im Westen zu beseitigen, müsste die deutsche Politik schon jetzt in Einvernehmen mit den westlichen Alliierten beginnen, möglichst genaue Planungen für das Meistern der dann entstehenden Situation aufzustellen. Sie könnte z.B. schon jetzt mit den westlichen Alliierten die Investitionsnotwendigkeiten und Absatzmöglichkeiten in den entwicklungsfähigen Ländern analysieren. Bei dem guten Verhältnis, das zwischen Bonn und den meisten westlichen Alliierten besteht, sollte es nicht schwierig sein, die notwendige Arbeitsplanung und auch Arbeitsteilung so anzulegen, dass auf sehr lange Sicht konkurrierende Faktoren ausgeschaltet werden könnten.

Im östlichen Machtbereich geschieht das jetzt bereits. Dort wird systematisch sondiert, wie einmal Reibungsflächen entstehen könnten und wo diese beseitigt werden müssen. Es gibt im östlichen Bereich ein System der Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Nationalwirtschaften, das bewusst die im westlichen Bereich vorhandenen Spannungstendenzen und "Konkurrenzängste" fördert, um auf diese Weise im gigantischen ökonomischen Wettlauf zwischen Ost und West jede mögliche Überraschung im eigenen Lager von vornherein auszuschalten.

Je eher man in Deutschland daran denkt, projektierend und von den Grundlagen eines wiedervereinten Deutschlands ausgehend, weltwirtschaftliche Überlegungen anzustellen, umso leichter wird es sein, Besorgnisse über die Folgen der Wiedervereinigung Deutschlands auszuräumen und in einer weiteren Entwicklung die Gefahr zu vermindern, dass ein wiedervereintes Deutschland in die Mühlen des zwangsläufig auf uns zukommenden wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes zwischen Ost und West gerät.